

Jahrelanger

Nach harter Kritik der Bürgerliste ZNN hat die Marktgemeinde Neumarkt auf Beschluss aller anderen Parteien geklagt. Nach langem Hin und Her steht nun die Entscheidung fest.

Von Josef Fröhlich

Es war ein Prozess, der weit über die Grenzen Neumarkts hinaus auf Interesse gestoßen ist. Im Zentrum stand die Frage: Wie weit darf die Kritik einer Partei an einem Bürgermeister und anderen Ortspolitikern gehen? Ein Zivilrechtsverfahren zu dieser Frage wurde nun vom Obersten Gerichtshof (OGH) entschieden.

Die Bürgerliste ZNN hatte im Gemeinderatswahlkampf 2020 und späteren Aussendungen den Holzhammer ausgepackt und heftige Kritik ausgeteilt, vor allem gegen Bürgermeister Josef Maier von der ÖVP. Von Amtsmissbrauch war da ebenso die Rede wie von Lügen oder „Vernichtung von Gemeindevermögen.“ Im Jahr 2021 kam es zu einem ungewöhnlichen Schlichterschluss: Alle anderen Parteien einigten sich darauf, die ZNN mit ihren Mandatären Nina

Feichter und Josef Reibling auf Unterlassung zu klagen – auf Gemeindegeldern.

Das Landesgericht Leoben gab zunächst der Gemeinde recht. Die von der Grazer Kanzlei Ruhri & Partner vertretene Bürgerliste legte Berufung ein und bekam vom Oberlandesgericht Graz recht. Das beeinträchtigte wiederum die Gemeinde und blitzte nun beim OGH ab. Anders gesagt: Die Gemeinde hat verloren, somit geht der Prozess zur Gänze auf Kosten des Steuerzahlers. Damit rächt sich, dass ein vor knapp einem Jahr eingebrachtes Vergleichsangebot der ZNN nicht angenommen wurde.

Die Bürgerliste ZNN hat die Entscheidung des OGH auf Facebook öffentlich gemacht und kommentiert dazu: „Die Verantwortung für diesen langwierigen Prozess tragen Schwarz, Rot, Blau und Grün im Gemeinderat.“ Die beiden ZNN-Gemeinderäte

Prozess ist entschieden



Bürgermeister Josef Maier (ÖVP) trieb Klage gegen ZNN voran. Nun muss die Gemeinde die Prozesskosten übernehmen. SARAH RUCKHOFFER

seien „förmlich an den Pranger“ gestellt worden, heißt es.

Die Kleine Zeitung hat am Dienstag Vertreter aller Parteien angerufen. Bürgermeister Josef Maier war nicht erreichbar, ebenso Vize Gerhard Hörmann (SPÖ) und Gemeinderätin Elisabeth Edlinger-Pammer (Grüne). Gemeinde-Anwalt Stefan Scholler von „PMSP Rechtsanwälte“ meint zum Urteil: „Es macht lei-

der Türen auf, die auch in anderen Gemeinden konfliktverschärfend wirken können.“ Ein kritischer politischer Diskurs sei wichtig, aber hier sei es auch um persönliche Angriffe gegangen.

FPÖ-Gemeindevorstandsmitglied Klaus Stadtschreiber war am Dienstag erreichbar. Sein Kommentar: „Ich finde das Urteil schade, weil das gegenseitige Anschütten auf Bundesebe-



Nina Feichter und Josef Reibling (Bürgerliste ZNN) haben harte Kritik geübt, daraufhin kam es zu Klage der Marktgemeinde. KK

ne nun auf kommunaler Ebene angekommen ist.“ Stadtschreiber schätzt die Kosten des Prozesses auf „50.000 bis 70.000 Eu-

ro.“ Stadtschreibers FPÖ-Kollege Michael Kribitz war übrigens der einzige Mandatar, der von Anfang an gegen die Klage war.

— ANZEIGE —

BUSBAHN BIM ERLEBNISWELT

VON OBEN BETRACHTEN – UNTEN ERLEBEN

360°

Besuchen Sie die neue...